



Berlin, 13. Juli 2016

Polizei zu Grünen-Vorschlag für Radfahrer GdP-Vize Plickert bezeichnet Politiker-Vorstoß als gefährlichen Unfug

Berlin. Als gefährlichen Unfug hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Vorschlag eines Grünen-Politikers bezeichnet, künftig Radfahrern das Missachten von roten Ampeln bei entsprechender Verkehrslage zu erlauben. Der Fahrradverkehr nehme insbesondere in Ballungsräumen seit Jahren ständig zu und erhöhe somit auch die Gefahr von Unfallsituationen mit anderen Verkehrsteilnehmern, warnte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert am Mittwoch in Berlin.

Angesichts dieser Entwicklung gelte es, Radfahrer nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass sie geltende Verkehrsregeln einzuhalten haben und nicht noch neue Gefahrenpunkte für sich und andere schaffen. Allein in Nordrhein-Westfalen habe es im vergangenen Jahr alle 34 Minuten einen verunglückten Radfahrer gegeben, sagte Plickert, der auch Vorsitzender des GdP-Landesbezirks NRW ist. „Es ist oftmals zu beobachten, dass Radfahrer sich nicht an die Verkehrsregeln halten und mit ihrem Fehlverhalten Unfallsituationen hervorrufen. Bei Verkehrskontrollen müssen wir immer wieder feststellen, dass Radfahrer ‚umwegsensibel‘ sind, häufig in falscher Richtung auf Radwegen fahren oder sogar quer über Kreuzungen rollen, um ihre Wegstrecken abzukürzen“, kritisierte Plickert.

Der GdP-Vize verwies darauf, dass statistisch gesehen bundesweit täglich mindestens ein Fahrradfahrer im Straßenverkehr ums Leben kommt und 39 schwer verletzt werden. Allein 2015 starben 383 Radfahrer und 14.230 erlitten schwere Verletzungen, meist innerorts.

Statt die Fahrradfahrer von der Rechtsordnung auszunehmen, so der GdP-Vize weiter, sei es besser, bauliche Maßnahmen zum Schutz der Radfahrer und anderer Verkehrsteilnehmer voranzutreiben. Hierzu biete sich ein weiterer Ausbau von Sonderfahrstreifen, Fahrradstraßen mit Vorrang, Schutzstreifen auf der Fahrbahn sowie eigener Radfahrerampeln an.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Pressestelle
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon:
030 39 99 21-113 bis 117
Telefax:
030 39 99 21-190
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek
Mobil: 0172 7121599
Internet:
www.gdp.de
Twitter:
[@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de